

Referat von Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Direktorin der Justiz und des Innern, Kanton Zürich: Aktuelles politisches Umfeld bezüglich Resozialisierung. „Wer den Reifegrad einer Gesellschaft erkennen will, muss deren Gefängnisse besuchen“

Öffentlichkeit und Resozialisierung

Für geschätzte 99 % der Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes kommt Resozialisierung nicht vor. Verhaftungen machen für sie die Welt sicherer, Entlassungen lösen unsichere Gefühle aus. Dabei sind Entlassungen unter dem Strich eine Erfolgsgeschichte: Betroffene Menschen haben in der Regel eine positive Entwicklung durchgemacht, die sie befähigt, verantwortungsbewusste und eigenständige Mitglieder unserer Gesellschaft zu sein.

Widerspruch zwischen Fakten und Wahrnehmung

Tägliche Schlagzeilen in den Medien zu Kriminalität und Terror halten uns auf Trab. Die Empfänglichkeit für derartige Nachrichten wird politisch genutzt. Es werden bedrohliche Bilder von zunehmender Gewalt und Kriminalität gezeichnet. Die Wirklichkeit ist wesentlich erfreulicher: Die letzte Woche erschienene polizeiliche Kriminalitätsstatistik zeigt, dass sich die Zahl der polizeilich registrierten Einbrüche seit 2012 nahezu halbiert hat. Auch die sogenannte „Jugendkriminalität“, also die Zahl der Widerhandlungen gegen das Strafgesetzbuch durch Minderjährige, hat sich in den letzten sieben Jahren halbiert. Es ist paradox: Im Gleichschritt mit der objektiv steigenden Sicherheit wächst das subjektive Unsicherheitsgefühl.

Mehr Sicherheit durch neue Gesetze?

In Bern liegen 20 politische Vorstösse zum Strafgesetzbuch zur Beratung auf. Rund zehn Vorstösse nehmen für sich in Anspruch, mehr Sicherheit zu schaffen, z.B. durch die Beschränkung von Vollzugslockerungen oder durch die Verwahrung von rückfälligen Straftätern. Ich wünsche mir, dass diese Vorstösse mit Augenmass beraten werden. Wer nicht einlösbare Erwartungen weckt, erntet Empörung, Unsicherheit und Angst. Ob diese provozierte Enttäuschung politisch gar kalkuliert ist, lasse ich hier offen. Mehr Gesetzesparagrafen schaffen nicht mehr Sicherheit und Vertrauen in der Bevölkerung. Vertrauen bildet sich im Gegenteil über einen funktionierenden Vollzug, aber auch über konkrete Erfahrungen, über Dialog, Integration, Gleichstellung und über erfahrene Unterstützung. Politikerinnen und Politiker, die Angst verbreiten und mit ihren Parteiprogrammen mehr Sicherheit durch Härte im Strafrecht und im Strafvollzug versprechen, arbeiten in erster Linie für ihre Wiederwahl und nicht für die Sicherheit der Bevölkerung! Wer den Reifegrad einer Gesellschaft erkennen will, muss deren Gefängnisse besuchen.

Bundesrat will mehr in den Vollzug investieren

Das Strafgesetzbuch wird in Bern gemacht, wir in den Kantonen verantworten den Vollzug. Die Walliser Nationalrätin Viola Amherd hat 2011 die Überprüfung des Straf- und Massnahmenvollzugs in den Kantonen verlangt. Der Bundesrat schreibt dazu, dass keine Gesetzeslücken bestehen. Hingegen müsse mehr in den konkreten Vollzug investiert werden – in

Riskassessment, in Zusammenarbeit, in Fachlichkeit, Koordination und Kommunikation. Gestützt auf diesen Bericht des Bundesrates hat die KKJPD im November 2014 die „Grundlagen für den strafrechtlichen Sanktionenvollzug in der Schweiz“ erlassen.

Was in den nächsten Jahren Priorität haben soll

- 1) Wir müssen aktiver kommunizieren, dass Legalbewährung nicht alleine durch den Entzug der Freiheit, durch Strafen, Gewalt und Einschüchterung zu haben ist. Gegen Härte haben die meisten der Inhaftierten schon viel früher in ihrem Leben seelische Hornhaut entwickelt.
- 2) Gute Wirkung entfalten individualisierte Programme, die auf Rückfallrisiken und Resozialisierungsziele abgestimmt sind. Sie müssen über die Einschliessung hinaus auch in der Bewährungsphase Bestand haben. Wir müssen folglich konsequent an der Behandlungs- und Resozialisierungskette weiterbauen.
- 3) Die Gesellschaft erwartet von Ihnen als Fachleute, dass Sie Ihre Arbeit und Ihre Programme laufend entlang von wissenschaftlichen Evaluationsergebnissen überprüfen und verbessern.
- 4) Ich spreche von Vertrauen als zentralem Punkt: Mir scheint, Sie müssen sich auch laufend fragen, wie Sie im Vollzug ein Klima des noch stärkeren Vertrauens schaffen können. Ziel muss es sein, dass Verurteilte ihr Leben und ihre Taten zu reflektieren beginnen und daraus persönliche Konsequenzen ziehen.
- 5) Opferschutz und Opferberatung sowie Prävention haben weiterhin eine hohe Priorität. Gewaltprävention ist der beste Opferschutz.
- 6) Es muss uns interessieren, warum Präventionsprogramme bei den Menschen, mit denen Sie arbeiten, nicht gegriffen haben. Aber auch: Ob mehr Präventionsprogramme auch mehr Kontrolle bedeuten und ob das die Aufgabe des Staates ist.
- 7) Wir müssen Rechtsgrundsätze und darin verankerte humane Werte pflegen, nachvollziehbare Entscheide treffen und inhaftierten Menschen und ihren Angehörigen respektvoll begegnen.
- 8) Kritik an unserer Arbeit soll uns nicht zum Rückzug bringen. Ich unterstütze Sie gerne und stehe gerne ein für einen Sanktionenvollzug, der der Risikoorientierung und der Resozialisierung gleichermaßen verpflichtet bleibt.
- 9) Wir alle müssen uns darum dem gesellschaftlichen Dialog stellen. Wenn nur noch hohe Mauern gefordert werden, können wir nicht den Kopf einziehen. In dieser Diskussion braucht es Ihre Köpfe, Ihr Herz und Ihr Engagement.
- 10) Damit der wichtigste Punkt meiner kurzen Ausführungen: Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich für Ihren grossen Einsatz, den Sie täglich, aber wenig beachtet, für unsere Gesellschaft leisten.

Verantwortlich für die Zusammenfassung: Stephan Bretscher